

Lagerung von Sonderabfall aus Atom Rückbau ungewiss

Sieben Deponien im Gespräch, aber Widerstände in Gemeinden

Kiel (Ino) Für die Abfälle aus dem geplanten Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein ist noch kein Deponie-Standort in Sicht. Einige in Frage kommende Gemeinden haben eine Lagerung bereits klar abgelehnt. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) setzt bei der Suche deshalb nun auf Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Denn eine Alternative zum Rückbau der stillgelegten Meiler gibt es für ihn nicht. „Ein sicherer Einschluss, wie er immer wieder gefordert wird, ist nur ein Zeitspiel aus Angst vor Entscheidungen“, sagt Habeck. Als grundsätzlich geeignet für die Lagerung gelten sieben Deponien im Land. Doch vor Ort gibt es Widerstand. Bürger befürchten Strahlenbelastung. Sollte kein Standort gefunden werden, wäre eine Anordnung durch das Ministerium denkbar. „Das wäre die schlechteste Lösung“, sagte Habeck. Worum geht es? Beim geplanten Rückbau der Meiler entsteht Abfall, bei dem es sich nicht um Atommüll handelt. Zu diesem Sondermüll gehören asbesthaltige Abfälle, Mineralwolle, Isolierungen oder Straßenaufbruch und Bauschutt, der bautechnisch nicht für die Wiederverwertung geeignet ist. Laut Ministerium handelt es sich um Abfälle mit einer Reststrahlung von maximal zehn Mikrosievert. Diese Dosis liege deutlich unterhalb der Dosen durch natürliche radioaktive Strahlung. So liegt die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland durchschnittlich bei 2100 Mikrosievert pro Jahr. Es geht um rund 35 000 Tonnen Müll innerhalb von rund 20 Jahren. Um das Zehn-Mikrosievert-System sicherzustellen, soll jedes einzelne Teil bei der Entsorgung drei bis vier Mal angefasst und gemessen werden. Habeck wartet nun auf ein klares Signal der kommunalen Spitzenverbände. Erleichtert ist er über die Bereitschaft der Naturschutzverbände. „Alle Verbände haben sich für den Rückbau ausgesprochen. Das war in dieser Deutlichkeit nicht zu erwarten“, sagte er. Nach Ansicht von Bund Landesgeschäftsführer Öle Eggers wurde bei Gesprächen am Donnerstagabend der „Auftritt für ein gemeinsames Vorgehen angestimmt“. Bürgerinitiativen, Verbände, Kommunen, Entsorger und Betreiber wollten Verantwortung übernehmen, sagte Eggers. „Voraussetzung dafür ist jedoch ein ergebnisoffener Dialog auf Augenhöhe, bei dem alle Beteiligten gemeinsam die Rahmenbedingungen setzen.“ Als grundsätzlich geeignet für die Lagerung gelten sieben Deponien in den Kreisen Ostholstein (Gremersdorf), Schleswig-Flensburg (Harrislee), Segeberg (Großenaspe, Damsdorf/Tensfeld), Herzogtum Lauenburg (Wiershop) und Rendsburg-Eckernförde (Schönwohld) sowie in Lübeck (Niemark).